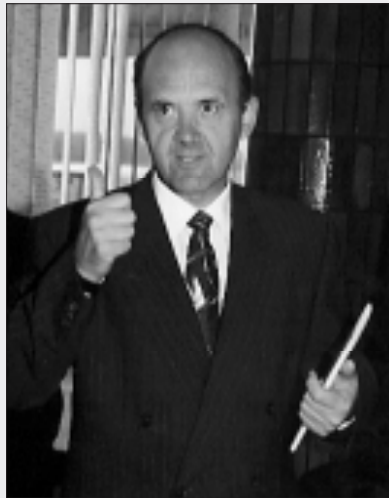


Affären

VW sucht Einigung mit GM

Klaus Liesen, Aufsichtsratsvorsitzender des Volkswagen-Konzerns, bemüht sich im Fall López um Schadensbegrenzung. In geheimen Gesprächen mit John Smale, dem Chef des Verwaltungsratspräsidiums von General Motors (GM) in Detroit, sondiert Liesen die Chancen für einen Vergleich. Nachdem der López-Verteidiger bekanntgab, daß die Staatsanwaltschaft Darmstadt noch in diesem Jahr Anklage gegen den Einkaufs- und Produktionsvorstand erheben werde, fürchten die VW-



López

Aufsichtsräte weltweit schweren Imageschaden. Im zusätzlich drohenden Schwurgerichtsprozeß in den USA könnte der Wolfsburger Konzern außerdem zu milliardenschweren Schadensersatzzahlungen verurteilt werden. Liesen hofft, noch vor Beginn der Prozesse in Deutschland und in den USA zu einer friedlichen Einigung mit GM zu gelangen. Er glaubt, daß der amerikanische GM-Manager die Affäre López weniger streng beurteilt als das europäische GM- und Opel-Management und eher zu einem außergerichtlichen Vergleich bereit ist. Liesen könnte Smale mit der Zusage locken, daß López demnächst von seinen VW-Posten zurücktreten müsse. Ein leichtes Zugeständnis: Der Spanier ist wohl ohnehin kaum noch zu halten. Volkswagen-Aufsichtsräte fordern die Trennung von López.

Post

Monopol bis 2003

Das Monopol der Post zur Beförderung von Standardbriefen soll bis zum Jahr 2003 verlängert werden. Das Staatsunternehmen, das spätestens 1999 an die Börse gehen will, soll auf die Beförderung von Briefen eine „Exklusivlizenz“ bis zum 31. Dezember 2002 erhalten,

heißt es in einem Referentenentwurf zum neuen Postgesetz. Damit wäre auch über die Privatisierung der Post hinaus der größte Gewinnbringer des Unternehmens vor dem Zugriff der Wettbewerber geschützt. Ob Postminister Wolfgang Bötsch mit seinem Plan durchkommt, ist zweifelhaft. Die FDP fordert seit einiger Zeit schon, den Postmarkt zusammen mit dem Börsengang vollständig zu öffnen.

VW

Kompromiß in Brüssel

Wirtschaftsminister Günter Rexrodt und EU-Kommissar Karel van Miert haben sich auf eine Lösung im Streit um die



van Miert

Kohle

Widerstand in der CDU

Gegen die Absicht der Bundesregierung, in die geplanten Gespräche über die Steinkohle-Subventionierung die SPD zu einer Option zum Ausbau der Kernenergie zu gewinnen, rührt sich Widerstand – auch im christdemokratischen Lager. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Norbert Lammert (CDU), warnte gegenüber dem SPIEGEL, die für Februar anvisierte Einigung über die Steinkohle „nicht mit dem fundamentalistischen Streit um die Kernenergie“ zu belasten. Damit könne der Zeitplan für die Kohle „unrealistisch“ werden. Es reiche, wenn sich Bund und Länder quer durch die Parteien im Zusammenhang mit der Kohle auch über die Entsorgung radioaktiver Abfälle verständigten. Lammert, zugleich Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW im Bundestag und Vorsitzender der Ruhr-CDU, sieht mit jeder weiteren Verzögerung die Gefahr für die Steinkohle wachsen. Lammerts Verdacht: Die Befürworter eines Auslauf-Bergbaus in Koalition und Opposition auf Bundesebene, aber auch in den Nicht-Kohleländern, könnten ein Junktim zur Kernenergie als Vorwand nützen, um den Zechen die Subventionen vorzuenthalten. In der vorigen Woche hatte der CDU-Wirtschaftssprecher Gunnar Uldall gefordert, die Kohlesubventionen von zehn Milliarden bis spätestens 2010 auf Null zu stützen.



K. SCHÖNE / ZEITUNGSPICCOLI

Kernkraftwerk Biblis

VW-Subventionen in Sachsen geeinigt. Trotz Brüsseler Ablehnung hatte Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf rund 90 Millionen Mark Beihilfen für den Bau des VW-Werks Mosel-II ausbezahlt. In Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof machen Biedenkopf und die Bundesregierung geltend, van Miert habe die Subventionen nicht verringern dürfen. Die VW-Hilfe falle unter die Lex Deutschland des EG-Vertrages, die Beihilfen zum Ausgleich der durch die deutsche Teilung verursachten Nachteile rechtfertige. Van Miert ist aber nicht bereit, seine Entscheidung in Sachen VW-Mosel zurückzunehmen. Statt dessen soll die Zahlung durch einen Deal mit VW im nachhinein auch ohne Anwendung des deutschen Sonderrechts genehmigt werden. Wenn VW „irgendwo in Europa“ Kapazitäten abbauende, die in Sachsen neu aufgebaut werden, dann würden die 90 Millionen Beihilfe legalisiert, so ein Kommissionsmitglied. Dies hat VW-Chef Piëch bisher abgelehnt.